

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/45

Bonn, den 6 März 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

"Argumente"

52

NPD und Entwicklungshilfe

Von Herbert Willmann

12

SPD und SHP

49

Eine undramatische Feststellung

2 - 3

Die Schwejks und die Vitezi

79

Das tschechisch-polnische Verhältnis

Von Hans-Peter Rullmann, Belgrad

4 - 6

Das Problem unserer Welt

113

Zu viele Menschen - zu wenig Nahrungsmittel

Von Louis Halasz, UNO-Korrespondent

+ + +

"Argumente"

NPD und Entwicklungshilfe

Von Herbert Willmann

Mit Argumenten und Unterstellungen, die schon längst zu den politischen Ladenaufhängern gehören, bemüht sich jetzt die rechtsextremistische NPD, auf Kosten der deutschen Entwicklungspolitik im Trüben zu fischen. In ihrem kürzlich veröffentlichten Manifest - zu einem politischen Programm hat es bisher noch nicht gereicht - ringt sie sich zunächst immerhin zu der Erkenntnis durch, daß "die der neuen oder unterentwickelten Staaten geleisteten Entwicklungshilfen ein geeignetes Mittel sind, die sozialen und politischen Spannungen in der Welt zu mindern". Nach diesem bescheidenen Anflug einer Konzession an die Sachlichkeit wird dann der polemische Holzhammer hervorgeholt. Wörtlich heißt es weiter: "Wir Nationaldemokraten wenden uns jedoch nachdrücklich gegen die Vorstellung, daß eine nicht abreißende Kette von Geschenken in Geld oder Gütern geeignet sein könnte diesen Zielen näherzukommen. Die katastrophalen Ergebnisse der von den USA seit Jahrzehnten unter solchen Gesichtspunkten geleisteten Hilfen sollten die Bundesrepublik Deutschland schrecken, deren Methoden in ihrer eigenen Entwicklungspolitik fortzusetzen(!)."

Gut gebrüllt! Mit demagogischer und falschen Unterstellungen will man der Öffentlichkeit weismachen, die Bundesregierung habe trotz Haushaltssorgen nichts Besseres zu tun, als sauer erarbeitete Steuergelder sinnlos zum Fenster hinauszuerwerfen. Diese Methode des Dammens, ganz besonders im Zeichen bevorstehender Wahlen ist hinlänglich bekannt. Sie wurde bereits von jenen - leider mit Erfolg - praktiziert, in deren Geist man heute in den Reihen der NPD wieder marschiert.

Um nun nicht etwa die Antwort auf die Frage schuldig zu bleiben, wie alles besser und vor allem richtig gemacht werden kann, hält das Manifest ein Patentrezept bereit. Danach ist, so steht wörtlich geschrieben, Voraussetzung, daß "deutsche Entwicklungshilfe jedweder Form

- * nur an Völker und Staaten vergeben werden sollte, die gewillt sind,
- * selbst an der Überwindung ihrer Mangel- oder Unterentwicklung energetisch mitzuwirken,
- * daß nur Regierungen als Partner der deutschen Entwicklungshilfe
- * in Frage kommen können, die durch eigenes Verhalten für eine sinnvolle, nutzbringende Anwendung der Leistungen Gewähr bieten;
- * daß jeder finanziellen Entwicklungshilfe in Geld oder Krediten ein umfassendes Programm zur Förderung des Bildungs-, Schul- und Erziehungswesens, der Volkshygiene, der handwerklichen, technischen und administrativen Fähigkeiten der in Frage kommenden Völker und
- * Staaten vorauszugehen hat.

Man höre und staune! Genau das, was die NPD als eigenes Geistesprodukt anzubieten versucht, ist seit jeher wichtiger Leitsatz der deutschen Entwicklungspolitik. Auch den Uneingeweihten dürfte mittlerweile klar geworden sein, daß nur den Entwicklungsländern Hilfe gewährt wird, bei denen die Gewähr gegeben ist, daß sie willens und in der Lage sind, mit eigenen Kräften darauf aufzubauen. Dazu gehören auch die technischen Hilfsmaßnahmen, die auf vielerlei Gebieten unter anderem von der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer verwirklicht werden. Man kann nur zu dem Schluß kommen: Die deutsche Entwicklungspolitik ist in ihrer Argumentation so einleuchtend und klar, daß ihren Gegnern nur das Mittel der Demagogie bleibt, um sie in Mißkredit zu bringen.

SPD und SHB

Eine undramatische Feststellung

sp - Einige Zeitungen in der Bundesrepublik haben sich am vergangenen Wochenende darüber aufgehalten, daß der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) angeblich für seine politische Arbeit kein Geld mehr von der SPD erhalten soll. Daraufhin haben Mitglieder des SHB verkündet ihr Verein werde seine Tätigkeit einstellen, denn wenn es kein Geld mehr gäbe, gäbe es auch keine Politik mehr.

Zur Sache ist ganz undramatisch zu sagen: Der Parteivorstand der SPD muß natürlich von Fall zu Fall überlegen, ob er in der Lage ist Kongresse zu finanzieren, die schon wegen ihrer Häufigkeit eine finanzielle Belastung der Partei darstellen. Darüber hinaus muß überlegt werden, ob die meist von Arbeitern aufgebrauchten Mitgliedsbeiträge an Vereine weitergegeben werden können, die auf ihren Kongressen die Politik der Sozialdemokratie in Grund und Boden verdammen. Die Mitglieder der Partei, die ja in ihren Konferenzen die Politik des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion gebilligt haben, würden sich - wenn das häufiger geschieht - selbstverständlich dafür bedanken.

Die Mitglieder des SHB sind nach Angaben ihres Bundesvorstandes zu 70 Prozent gleichzeitig auch Mitglieder der SPD. Sie können also in ihren Ortsvereinen, auf Delegiertenkonferenzen und bei anderen Anlässen gegen die Politik des Parteivorstandes Sturm laufen soviel sie wollen. Dieses Recht steht ihnen, wie jedem anderen Mitglied der Partei zu Wort. Sie können sich mit ihrer Meinung durchsetzen und wenn eine größere Anzahl von SPD-Mitgliedern auf Delegiertenkonferenzen die Politik des Parteivorstandes oder der Bundestagsfraktion mißbilligt, dann wird der Vorstand daraus die Konsequenzen zu ziehen haben. So ist es in der SPD immer gewesen und so wird es auch in Zukunft sein. Aber Vereine zu gründen, sich vom Parteivorstand bezahlen zu lassen und dann noch so zu tun, als bestünde die einzige Daseinsberechtigung des Vereins darin, die SPD in der Öffentlichkeit lädiert zu machen, ist eine andere Sache. Darüber muß - und auch noch über einiges andere - sachlich gesprochen werden. Nicht in Form von gegenseitigen Beschuldigungen, sondern in einer politischen Diskussion, in der festzustellen ist, welche Aufgaben der SHB eigentlich hat: Ob er dazu da ist, die Politik der SPD zu bekämpfen oder ob er eine Organisation ist, die im Rahmen der SPD mitarbeiten will oder nicht.

Entsprechend seinem Namen ist der Sozialdemokratische Hochschulbund eine Gruppe von Studenten, die auf der Grundlage der Beschlüsse der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mithelfen will, die Bundesrepublik zu einem sozialen Rechtsstaat zu entwickeln. Natürlich kann man dieses Ziel auf verschiedenen Wegen anstreben und man kann auch darüber streiten, ob der von der SPD als richtig erkannte Weg zu diesem Ziele führt. Es ist aber ein Unterschied, ob man das in organisierter Form gegen die SPD gerichteter Form tut oder ob man im Rahmen der SPD um die Anerkennung seiner Argumente ringt.

Mit Geld hat das alles überhaupt nichts zu tun. Wenn die Mitglieder des SHB nicht so viel Kraft haben, innerhalb der SPD für ihre Sache einzustehen, dann nützt es ihnen auch nichts, wenn sie Geld für Kongresse erhalten. Politik, die nur dann gemacht werden kann, wenn sie finanziert wird, ist in jedem Falle krank.

Die Schwejks und die Vitezi

Das tschechisch-polnische Verhältnis

Von Hans-Peter Rullmann, Belgrad

Wir saßen in einer Kneipe in Kattowitz - wir: ein Pole, ein Slowene aus Jugoslawien und ich, der Belgrader Korrespondent auf Besichtigungsreise durch die übrigen Teile meines "Königreichs". Hungrig waren wir und durstig. Aber der Kolner schien dafür kein Verständnis zu haben. Was er uns brachte, waren schließlich ein paar alte Semmeln mit einem Stück trockenem Schinkens darauf. Das verließ der Appetit, dann der polnische Freund. Er machte einen Weg zum Postamt - telefonieren. Und beim Bezahlen kam unser Protest. Aber der Kellner ließ sich seine Butter nicht vom Brötchen nehmen. Seine Antwort war einigermaßen überraschend:

"Was denken Sie denn, wer Sie sind? Schließlich war ich auch schon bei Euch und weiß, wie es da zugeht. Hart wie Sohlen sind Eure Semmeln, und erst die "polivke"...!"

Unser Freund kam zurück. "Was sind polivke"? Der Kellner sperrte Nasen und Ohren auf. "Nein", sagte unser Freund, "das sind doch keine Tschechen! Der da ist Slowene, Jugoslawe..." Zur Glück kam er nicht weiter, denn ob es einem Deutschen besser ergangen wäre als den Tschechen, die der polnische Ober in uns verurteilte?

* * *

Polen und Tschechen mögen einander nicht. Aus verschiedenen Gründen - auch aus weit zurückliegenden. Die Polen halten den Tschechen mangelnden Einsatz gegen die deutschen Besatzer vor, die Tschechen den Polen deren anhaltenden Widerstand gegen die Russen, "die doch auch Slaven sind". Wenn sich der Pole als Kämpfer schildert, stellt er sich gern als stolzen Ritter, "Vitez", vor; der Tscheche kämpft als kleiner Mann, mit dem Buch in der Hand seine Kultur, sein Inneres verteidigend, ein Schwejk, der von sich behauptet, nach einem Flugzeug nur zu schießen, weil ihm seine hohe Geschwindigkeit mißfällt. Der Pole sag das nicht. Dann gibt es Grenzfragen, die sich im Holzhändlerstädtchen Teschen an der Olsa konzentrieren. Versailles löste das Nestchen aus dem zerfallenen Leib Österreich-Ungarne heraus und leibte es der Tschechoslowakei ein - paradoxerweise hat es Polen dem Münchner Abkommen zu verdanken, aus Tesin ein polnisches Gieszyn gemacht zu haben...

Als die Politiker der Tschechoslowakischen Volksrepublik 1952 den Slansky-Prozeß organisierten - ihr heutiger Staatspräsident Novotny war damals als Personalchef der Partei ein wichtiger Strippenzieher -, ergab sich die Gelegenheit, den Wider-

willen auch offiziell auszudrücken. Gomulka wurde für seine Prager Genossen zum "imperialistischen Agenten".

* * *

Das alles beruht natürlich auf Gegenseitigkeit. Die polnische Partei Gomulkas fand an der unerschütterlichen tschechischen Ergebenheit gegenüber Moskau naturgemäß nur wenig Geschmack, an einer Ergebenheit, die so weit ging, dem eigenen Volk selbst das Maß an Liberalisierung zu verweigern, das der Krenl wahrscheinlich schon toleriert haben würde. Ein derart striktes Beharren auf der Moskauer Linie konnte nur dazu führen, daß sich die Polen noch isolierter fühlten bei ihren Versuchen, in der Agrarpolitik und in den Beziehungen zur Kirche, mit der Lockerung des Polizeiregimes und mit der Gewährung einer relativen kulturellen Freiheit eigene Wege zu gehen. Gerade diesen Drang zur Unabhängigkeit, die Weigerung, die Kollektivierung mit Zwangsmitteln zu forcieren, und die Offenheit gegenüber kulturellen Einflüssen aus dem Westen lehnten wiederum die orthodoxen Ideologen der tschechoslowakischen Partei als ein schlechtes Beispiel und als eine Gefahr für den ganzen Ostblock ab.

Andererseits warfen die Polen scheele Blicke auf die von direkten Kriegsschäden verschont gebliebene und verhältnismäßig prosperierende tschechoslowakische Industrie und Wirtschaft, während man in Prag noch lange nicht vergessen wollte, daß die Polen während der ungarischen Volkskriege das Kabinett des "Verärrers" Nagy mit unverhohlener Sympathie betrachteten.

* * *

Inzwischen - etwa seit dem Besuch des polnischen Ministerpräsidenten Cyrankiewicz in Prag im Mai 1957 - hat sich daran natürlich einiges geändert. Innenpolitisch und auch in der Stellung zu Moskau hat eine Annäherung stattgefunden. Die Tschechen investierten im polnischen Kohlenbergbau, und polnische Gastarbeiter leben in Mähren; weniger freilich, als von den Polen erwünscht war.

Ende Februar dieses Jahres verlängerten beide Staaten sogar den vor zwanzig Jahren schon einmal abgeschlossenen Freundschafts-, Zusammenarbeits- und gegenseitigen Hilfsvertrag. Es ist aber sicher nicht zufällig, daß nicht einmal zwei Wochen vorher der sowjetische Außenminister Gromyko mit seinem tschechischen Kollegen David ein Gespräch unter vier Augen führen mußte, und wenn man sich überlegt, wie eng die Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe in den vergangenen zwanzig Jahren gewesen war, wird man den neuen Vertrag ganz sicher nicht allzu sehr überschätzen.

* * *

Das Problem unserer Welt

Zu viele Menschen - zu wenig Nahrungsmittel

Von Louis Halasz, UNO-Korrespondent

Aus den Statistiken der Vereinten Nationen geht hervor, daß die Bevölkerungszahl in den Entwicklungsgebieten der Welt unbarmherzig weiter steigt. Zur selben Zeit befindet sich aber die Nahrungsmittelproduktion in diesen Gebieten immer noch im Rückstand; Dr. B. R. Sen, Generaldirektor der FAO, sagte hierzu: "Wenn die Produktionsrate der Nahrungsmittel nicht beträchtlich erhöht werden kann, müssen wir uns auf die vier apokalyptischen Reiter gefaßt machen."

Der Botschafter der Vereinigten Staaten stellte fest: "Das Problem der Ernährung der Weltbevölkerung ist nicht weniger als eine Frage über Leben und Tod. Die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion in der Welt hält mit dem Anwachsen der zu ernährenden Bevölkerung nicht Schritt."

Geburtenentwicklung

Die beiden kürzlich erschienenen Veröffentlichungen der Vereinten Nationen, nämlich das Demographic Yearbook und World Population Prospects, zeigen die demographischen Aspekte dieses ernstesten Dilemmas auf: Die Bevölkerung in den meisten Entwicklungsländern vergrößert sich zur Zeit um 2 bis 3,5 Prozent jährlich, während die Bevölkerung der Industrieländer hingegen um 0,5 bis 1,7 Prozent steigt. Somit könnte die Zahl der Bewohner der Entwicklungsländer in den kommenden vierzig Jahren von über 67 Prozent im Jahre 1960 auf ca. 76 Prozent ansteigen.

In den Entwicklungsländern kommen auf 1 000 Personen durchschnittlich 40 Geburten, während diese Ziffer in den industriell weiterentwickelten Ländern nur etwa 21 beträgt. Nach dem Demographischen Jahrbuch wird dieser auffallende Gegensatz zwischen den beiden Zahlenangaben noch durch die Tatsache unterstrichen, daß zwischen den beiden Zahlen nur wenige Angaben über Geburtenraten zur Verfügung stehen.

Die höchste Geburtenrate hat Guinea, nicht nur in Afrika, sondern im Vergleich zu allen anderen Ländern in der Welt: 62 Geburten auf 1 000 Menschen. Die höchste Ziffer in Lateinamerika hat El Salvador vorzuweisen, und zwar mit 46,5 Geburten auf 1 000 Menschen, während Burma und die Philippinen jeweils mit 50 auf 1 000 die höchsten Ziffern in Asien darstellen.

Im Gegensatz dazu beläuft sich die Geburtenrate in den Ver-

einigten Staaten auf 19,4 zu 1 000, in der Sowjetunion auf 18,5 zu 1 000. Die niedrigste Geburtenrate hat Ungarn mit 13,1 zu 1 000.

Blick in die Zukunft

Und nun ein Blick in die Zukunft: Im Jahre 1960 umfaßte die Bevölkerung der Welt drei Milliarden, zur Zeit beträgt diese Zahl ca. 3,5 Milliarden; am Ende dieses Jahrhunderts werden es schon über sechs Milliarden Menschen sein. Davon werden nur wenig mehr als eine Milliarde Menschen in Industrieländern leben, während die übrigen fünf Milliarden in den zur Zeit als Entwicklungsländer bezeichneten Staaten leben werden. Es ist also offensichtlich dringend erforderlich, das Anwachsen der Bevölkerungszahl zu beschränken und die Nahrungsmittelproduktion zu erhöhen.

Familienplanung

Zum Thema Bevölkerungskontrolle führte Dr. Sen kürzlich auf einem Kongreß in New York aus, die Vorurteile gegen eine Familienplanung würden geringer werden, und mehrere Entwicklungsländer verfolgten bereits eine Politik der Geburtenkontrolle. Er appellierte insbesondere an die industriell entwickelten Länder, sie sollten mindestens Ländern wie Pakistan und Indien helfen, die ein Sechstel der Menschheit darstellen und wo das Problem der Versorgung mit Nahrungsmitteln besonders akut ist.

In einer Rede vor dem Wirtschaftsausschuß der Vollversammlung äußerte US-Botschafter James Roosevelt ähnliche Besorgnis: "Die Produktionsleistungen steigen in reichen und armen Ländern in einer nie zuvor erreichten Durchschnittsrate, und zwar um etwa vier bis fünf Prozent. Es ist jedoch besorgniserregend, daß die Pro-Kopf-Steigerung in den Entwicklungsländern sehr viel niedriger liegt, was auf das explosionsartige Anwachsen der Bevölkerung in zahlreichen Gebieten zurückzuführen ist."

Unterernährung

Hinsichtlich des Problems, den Hungernden ausreichend Nahrung zu verschaffen, kündigte der Botschafter der Vereinigten Staaten Killian, einen erheblichen, zusätzlichen Beitrag der USA zum World Food Programm an und forderte alle reichen, Lebensmittel produzierenden Länder auf, dem amerikanischen Beispiel zu folgen: "Etwa die Hälfte der Weltbevölkerung leidet

heutzutage an Unterernährung, wo es doch der Welt gegenwärtig möglich ist, so viel zu produzieren, daß die Gefahr abgewendet werden kann. Uns stehen die Mittel zur Verfügung, um alle Völker dieser Erde vom Gespenst des Hungers zu befreien; für uns in den Vereinten Nationen ist es eine Pflicht, diesen Traum in die Wirklichkeit umzusetzen."

Zusätzliche Lebensmittellieferungen für die Hungernden bedeuten jedoch nur eine vorübergehend lindernde Maßnahme. Obgleich die Regierung der Vereinigten Staaten den amerikanischen Farmern Vergünstigungen für eine Steigerung ihrer Produktion gewährt hat, um somit den Bedürfnissen in anderen Teilen der Welt zu begegnen, ist sie sich durchaus der zeitlich begrenzten Wirkung dieser Maßnahme bewußt. "Mit einer direkten Lebensmittelhilfe können wir nur Zeit für eine langfristige Lösung gewinnen," sagte im vergangenen Sommer US-Botschafter Arthur Goldberg im Wirtschafts- und Sozialausschuß der Vereinten Nationen. Als allererste Maßnahme für eine dauerhafte Verbesserung der Situation muß jedes Land mit einem Defizit in seiner Nahrungsmittelproduktion alles in seiner Macht Stehende unternehmen, um seine Landwirtschaft zu modernisieren und die Produktion zu steigern."

Internationale Agrarpolitik notwendig

Die Bemühungen von Dr. Sen in den Vereinten Nationen haben zu zwei Vorschlägen in dieser Hinsicht geführt, dem Indicative World Plan for Agricultural Development und dem Food Production Resources Program. Durch den erstgenannten Plan würde den Entwicklungsländern ein internationales System empfohlen werden, wodurch sie eine Landwirtschaftspolitik planen und ausführen können. Durch das Food Production Resources Program sollte eine umfassendere und besser organisierte Verwendung von Düngemitteln, Schädlingsbekämpfungsmitteln und landwirtschaftlichen Geräten auf der Grundlage eines internationalen Hilfsprogramms, dessen Kosten sich auf über 500 Millionen Dollar jährlich belaufen, gefördert werden.

Die Fachleute in den Vereinten Nationen sind sich darüber im klaren, daß sowohl Arme wie auch Reiche diesem furchterregenden Problem immer mehr Aufmerksamkeit widmen müssen. Solange nichts unternommen wird, um mit Hilfe von gut organisierten, international hand in hand gehenden Maßnahmen den Bevölkerungszuwachs zu vermindern, die Produktion von Nahrungsmitteln zu erhöhen und während dieser Zeit aus den Kornkammern der Vermögenden der Welt Lebensmittel zur Verfügung zu stellen, könnte es, wie Dr. Sen bemerkte, zum "Zusammenbruch der gesellschaftlichen Ordnung und zu einer Verminderung des Wertes menschlichen Lebens kommen".

Weltweite Partnerschaft